

Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung



Beschluss des Bezirksparteitages
der CDU Ostfriesland am 1. Oktober 2022



Die hohen Energiepreise und die steigende Inflation belasten jeden Haushalt, die Vereine, Organisationen und die gesamte Wirtschaft erheblich. Deutschland droht in Folge des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine und die Russlands Weigerung, seine vertraglichen Verpflichtungen im Energiesektor gegenüber der Europäischen Union zu erfüllen und der Unfähigkeit der Bundesregierung, darauf angemessen und schnell zu reagieren, in eine tiefe Rezession zu rutschen. Es drohen eine Insolvenzwelle, steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und der Verlust von gesellschaftlichen Strukturen sowie sozialem und wirtschaftlichem Wohlstand. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Entlastung der Menschen und Unternehmen im Land zünden nicht. Es hilft nicht, mit der Gießkanne Milliarden Euro umzuverteilen, die der Staat durch die hohe Inflation gewonnen hat. Wir müssen alle Anstrengungen darauf verwenden, das Problem bei der Wurzel zu packen. Die hohen Gas- und Strompreise müssen gesenkt werden. Dazu brauchen wir jede Kilowattstunde und einen Energiepreisdeckel. Ohne eine Stabilisierung der Energiekosten bleibt jedes Rettungspaket ein Strohfeuer. Daher setzt die CDU Ostfriesland sich für ein Maßnahmenbündel ein, dass zunächst kurzfristig die Energiepreise dämpft und Härten vermeidet bzw. ausgleicht und dass darüber hinaus den Umbau unserer Energiewirtschaft beschleunigt.

Maßnahmen gegen die Energiepreis-Krise

Der Anstieg der Energiepreise belastet auch die Verbraucherinnen und Verbraucher in Ostfriesland erheblich. Wir brauchen eine bezahlbare Energieversorgung: Hohe Treibstoffpreise sind für alle, die mangels Alternativen auf das Auto angewiesen sind und weite Strecken zurücklegen müssen, eine Belastung, die sie nicht umgehen können. Daher setzen wir uns konsequent für die Entlastung der Energiepreise von Steuern und Abgaben ein.

Staatlichen Unterstützungs- und Fördermaßnahmen müssen sich jetzt kurzfristig auf folgende Maßnahmen konzentrieren, damit Deutschland die Energiepreiskrise schnell überwindet:

Gas- und Strompreise für Unternehmen und Haushalte senken, Pendlerpauschale anheben

Die Energiepreis-Krise muss an der Wurzel bekämpft werden. Unternehmen, Vereine, Kultureinrichtungen und Haushalte, alle haben finanzielle Probleme, weil die Strom- und Gaspreise zu hoch sind. Die Menschen wollen nicht plötzlich auf Wohngeld oder staatliche Hilfe angewiesen sein, sondern einfach leistbare Strom- und Gaspreise, die sie bezahlen können. Auf dieses Ziel müssen Bund und Länder jetzt alle zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel konzentrieren, welche sie durch Steuermehreinnahmen haben. Wir brauchen einen Preisdeckel für den Grundbedarf an Strom und Gas. Dieser kommt allen zugute, privaten Haushalten, Vereinen, Kultureinrichtungen und Organisationen sowie mittelständische Unternehmen. Als Gas- und Stromgrundbedarf sollen 75 Prozent des Vorjahresverbrauchs gelten, und hierfür soll ein Preis von 12 Cent pro Kilowattstunde garantiert werden. Damit wird zugleich ein Anreiz gesetzt, Energie zu sparen. Um unsere Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, muss zudem auch der im vergangenen Jahr versprochene Industriestrompreis von vier Cent pro Kilowattstunde zügig eingeführt werden.

Dazu muss auch eine sofortige Senkung der Stromsteuer für private Haushalte und die Wirtschaft auf das europäische Mindestmaß von 0,1 Cent pro kWh (für Privathaushalte) bzw. 0,05 Cent pro kWh (bei betrieblicher Nutzung) beitragen. Außerdem müssen die Energiesteuersätze auf Heizöl, Erdgas, Diesel und Benzin spürbar gesenkt werden. Kurzfristig braucht es dafür die Einführung eines ermäßigten Steuersatzes von sieben Prozent auf Erdgas, Elektrizität und Fernwärme.

Die Pendlerpauschale muss rückwirkend auf 38 Cent bereits ab dem ersten Kilometer angehoben werden. Das soll schon zum Veranlagungszeitraum 2022 gelten. Für die Zukunft gilt: Die Pendlerpauschale

Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung



Beschluss des Bezirksparteitages
der CDU Ostfriesland am 1. Oktober 2022



muss dynamisch angepasst werden können, um aufsteigende Spritpreise reagieren zu können. Vor allem der jährlich steigende CO₂-Preis muss dabei berücksichtigt werden.

Arbeitgeber brauchen in der aktuellen Lage mehr Flexibilität. Steuerfreie Aufwandspauschalen, die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für dienstliche Fahrten zahlen, müssen entsprechend angehoben werden.

Der Druck der Union und insbesondere der CDU in Niedersachsen zeigt Wirkung: Die Ampel schafft ihre eigene verkorkste Gaspreisumlage wieder ab. Die aktuelle Ankündigung der Bundesregierung für eine Begrenzung der Energiekosten wirft jedoch viele Fragen auf. So werden Bürger und Unternehmen weiterhin im Unklaren gelassen, wie es mit ihren Strom- und Gaspreisen konkret weitergeht. Wie und ab wann sollen Strompreisbremse und Gaspreisbremse wirken? Wie kommt die Bundesregierung auf die Summe von 200 Mrd. Euro? Solange die Ausgestaltung der Maßnahmen unklar bleibt, ist Bürgern und Unternehmen nicht geholfen. Unsere Vorschläge liegen konkret auf dem Tisch. Die Ampel hätte längst Klarheit schaffen können. Stattdessen wurde lediglich die Einrichtung eines weiteren Schattenhaushaltes mit einem Volumen von bis zu 200 Mrd. Euro verkündet. Die Summe der von der Ampel in diesem Jahr beschlossenen Schattenhaushalte nähert sich mit der heutigen Ankündigung dem Volumen eines ganzen Bundeshaushaltes an. Eine solide Haushaltsführung sieht anders aus. Im Ergebnis ist festzuhalten: Die Regierung präsentiert neue Schulden, aber keine schlüssige Lösung für die hohen Energiepreise.

Jede Kilowattstunde zählt!

Für ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und Netzstabilität muss jede verfügbare Kilowattstunde Energie genutzt werden. Auch dadurch werden die Strom- sowie Gaspreise wieder auf ein leistbares Niveau gesenkt. Das bedeutet, dass wir jetzt in Deutschland alles aus der Reserve holen müssen, was wir haben. Die Menschen und die deutsche Wirtschaft brauchen eine verlässliche Energieversorgung, unabhängig vom Wetter. Das umfasst neben dem vorübergehenden Weiterbetrieb aller drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke - insbesondere auch des jüngste von ihnen in Lingen - auch den weiteren Betrieb und die Reaktivierungen von Stein- und Braunkohlekraftwerken, die wir schnellstmöglich aus der Reserve holen müssen. Auf diese Weise werden die Energie-Angebotsseite gestärkt, die Strom- und Gaspreise gesenkt, die grundlastfähige Energiemenge erhöht, was die Netzstabilität verbessert und ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Krisenbekämpfung geleistet. Den gesamten Energiebedarf Deutschlands aus heimischen Erneuerbaren zu decken ist zudem nicht annähernd realistisch. Wir werden Energieimporteur bleiben. Der Ausbau der erneuerbaren Energie ist dennoch richtig und wichtig, hier brauchen wir parallel einen Turbo. Aber in diesem Jahr und im nächsten Jahr wird dieser beschleunigte Ausbau keine zusätzliche Kilowattstunde bringen.

Ostfrieslands Energiechancen nutzen

Ostfriesland ist das Land der Erneuerbaren. Um unser Potential schneller für die Energiewende nutzbar zu machen und damit in ausreichendem Maße Erneuerbare Energien auch für die Produktion von grünem Wasserstoff zur Verfügung steht, müssen Bund und Länder ein Maßnahmengesetz vereinbaren, dass Vorfahrt für Projekte der Windkraft (onshore wie offshore), Photovoltaik, Biogas, Geothermie sowie für Speicherlösungen ermöglicht.

Für einen konfliktärmeren Ausbau der Erneuerbaren Energien

Das Bundesnaturschutzgesetz muss endlich geändert werden, damit Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien konfliktfrei im Naturraum errichtet werden können. Dies reduziert, gemeinsam mit festen Abstandsregelungen zu Siedlungsstrukturen, auch die Belastung der Wohnbevölkerung. Windräder mit

Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung



Beschluss des Bezirksparteitages
der CDU Ostfriesland am 1. Oktober 2022



einer Höhe zwischen 15 und 50 Metern Gesamthöhe dem vereinfachten Baugenehmigungsverfahren unterwerfen. Die naturschutzfachlichen Begrenzungen und genehmigungsrechtlichen Anforderungen für den Ausbau der Erneuerbaren müssen deutlich reduziert werden, um rechtssicher neue Kapazitäten an erneuerbaren Energien zu realisieren und Speicherlösungen auf den Markt zu bringen. Hierzu braucht es ein großangelegtes Investitionsprogramm von Bund und Ländern.

Der Einsatz von Flächen- und Agri-PV-Anlagen kann zukünftig einen wichtigen Beitrag für eine klimaneutrale Energiewirtschaft liefern. Zugleich erhöht er die Wertschöpfung landwirtschaftlich wenig ertragreicher Flächen. Wenn Kommunen dafür Fläche ausweisen, müssen die Möglichkeiten der weiteren landwirtschaftlichen Nutzung sowie der Beteiligung der landwirtschaftlichen Betriebe an der Wertschöpfung der Anlagen einbezogen werden. Dafür wollen wir in Ostfriesland Modelle entwickeln.

Der Küstenraum als Sonderwirtschaftszone Wasserstoff und Windenergie

Wir wollen die Potentiale heben, die Ostfriesland insbesondere bei den erneuerbaren Energien mit seiner langen Küstenlinie hat: Ostfriesland soll nicht nur Energiegewinnungs- und Transitland sein, sondern auch ökonomisch davon profitieren, über das gesamte Spektrum der Wertschöpfungsketten hinweg. Der Aufbau einer Wasserstoff-Industrie sowie von Branchen, die auf der Basis von Wasserstoff oder durch den Einsatz der Offshore-Windenergie die Klimaneutralität erreichen wollen, erfordert deutlich abgesenkte Energiepreise. Um diesen Prozess zu beschleunigen, soll im gesamten Küstenraum eine „Sonderwirtschaftszone Wasserstoff und Windenergie“ eingerichtet werden, innerhalb derer diese Energieformen für 20 Jahre von allen Steuern und Abgaben befreit werden.

Wir wollen erreichen, dass zukünftig jedes neu errichtete oder kernsanierte Haus mit einer Photovoltaik-Anlage (PV-Anlagen) ausgestattet wird. Um die Baukosten nicht weiter zu erhöhen, ist dafür ein verlässliches KfW-Förderprogramm erforderlich, welches die Mehrbelastung kompensiert und die Kreditfinanzierung der Bauherren nicht belastet. Alle öffentlichen Gebäude der Kommunen, des Landes und des Bundes müssen, soweit die Statik es zulässt, mit einer PV-Anlage ausgestattet werden.

Lokal und überregional den Um- und Ausbau der Energienetze beschleunigen

Wir werden die intelligente Energiesteuerung im Haus gezielt fördern, da hier großes Potential für die Reduktion klimaschädlicher Emissionen liegt. In Zusammenarbeit mit den privaten und kommunalen Energieversorgern werden wir hier eine niedersächsische Offensive starten. Die Regionen Ostfriesland und Oldenburg haben mit marktführenden Unternehmen, der Hochschule Emden-Leer und dem OFFIS-Institut besondere Kompetenzen, die wir konsequent nutzen wollen.

Der weitere Um- und Ausbau der Höchstspannungsnetze (220 und 380 kv) kann zeitgerecht unseres Erachtens nur gelingen, wenn er in beschleunigten Genehmigungsverfahren, per Gesetz, und soweit technisch möglich durch die Erdkabeltechnologie erfolgt. Auch hierfür fordern wir eine Öffnung des Bundesnaturschutzgesetzes. Grundstückseigentümer sind für die damit verbundenen Nutzungseinschränkungen durch Pachtzahlungen zu kompensieren. Auch der Umbau der Mittel- und Niederspannungsnetze mit dem Ziel der intelligenten Aufnahme und Abgabe auch von vor Ort gewonnenem Strom muss in beschleunigten Verfahren erfolgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine dezentrale Stromversorgung zur Normalität wird. Quartierlösungen mit Pufferspeichern, bidirektionales Laden von E-Fahrzeugen und günstiger Strom in Nebenzeiten erleichtern den Umstieg in ein klimafreundliches Zeitalter.

Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung



Beschluss des Bezirksparteitages
der CDU Ostfriesland am 1. Oktober 2022



Schneller Bau der Flüssiggas-Infrastruktur.

Flüssigerdgas bietet den Vorteil, dass es auch auf dem Seeweg wie über Schiene und Straße transportiert werden kann. Der Bau der Flüssiggasterminals in Wilhelmshaven und die Nutzung der Speicher und Verteilnetz-Kapazitäten in Ostfriesland leisten einen wichtigen Beitrag, um die Energiekrise zu bewältigen. Dass die Bundesregierung unseren Vorschlag zurückgewiesen hat, die Genehmigung dieser Infrastrukturmaßnahmen nicht in einem Planfeststellungsverfahren, sondern per Gesetz durchzuführen, ist riskant. Umso wichtiger ist jetzt, den Bau zügig abzuschließen. Unsere Region wird dadurch auch zur Energie-Drehscheibe für importiertes Flüssiggas. Diese Infrastruktur kann auch nach Beendigung des LNG-Imports für andere, grüne Flüssiggas-Importe genutzt werden. Damit leistet unsere Region einen wichtigen Beitrag zur Diversifizierung und damit dauerhaften und klimaneutralen Sicherung der Energieversorgung in Deutschland. Die in unserer Region zur Verfügung stehende Energiemenge wächst dadurch erheblich und bietet weitere Chancen für einen Ausbau neuer und zukunftsfähiger Industrien, die wir für neue Arbeit und neuen Wohlstand sichern wollen.

Forschungscluster für Speichertechnologien aufsetzen.

Neue Technologien, wie Power-to-Gas, ermöglichen die Speicherung überschüssiger Energie. Diese Technologien und Kompetenzen müssen wir hier bei uns in Ostfriesland und gemeinsam mit unseren Nachbarregionen im Norden und an der Küste entwickeln. Dazu werden wir ein starkes Forschungscluster aufsetzen, auch mit Unternehmenspartnerschaften.

Die Wasserstoff-Projekte „Coast-Line“ und H2CAST haben für Ostfriesland das Potential, Ausgangspunkt für eine überregionale Wasserstoffwirtschaft zu werden und mittelfristig auch zukünftig Wasserstofforientierte Industrien in der Region zu verankern. Um sie zu realisieren, müssen Bund und Land die Investition erheblich fördern, um die noch vorhandene Wirtschaftlichkeitslücke zu schließen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Bundes- und Landesregierung die Finanzierung der Wasserstoff-IPCEI-Projekte auch in unserer Region in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zwischenzeitlich finanziell abgesichert haben.

Neue Energie für Klima und Wirtschaft in Ostfriesland

Unser Ökosystem zu schützen und die Erde für nachfolgende Generationen zu bewahren, ist eine der komplexesten und wichtigsten Aufgaben der Politik auf allen Ebenen, der sich auch die CDU Ostfriesland verpflichtet fühlt. Unser Ziel im Rahmen des Klimaschutzes ist es, unseren regionalen Beitrag dafür zu leisten, die Geschwindigkeit und die Auswirkungen der Erderwärmung stark zu reduzieren. Die Lösung ist ein reduzierter Ausstoß von Treibhausgasen, insbesondere durch den Einsatz regenerativen Energien. Die Bewältigung der Folgen der globalen Erderwärmung und die Notwendigkeit einer drastischen CO₂-Reduktion werden auch für Ostfriesland erhebliche Veränderungen mit sich bringen. Nach Industrialisierung und Digitalisierung wird die Frage der Dekarbonisierung unserer Industrie, Wirtschaft und Infrastruktur über unsere Zukunftsfähigkeit entschieden: In allen relevanten Sektoren wie Mobilität, Wohnen, Energie und Produktion muss der Ausstoß klimaschädlicher Emissionen verringert werden.

Dieser Transformationsprozess kann nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich und sozialverträglich vollzogen werden. Wir setzen dabei auf Anreize und Innovationen statt auf Verbote und Auflagen. Um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, werden wir in Deutschland und Europa auch neue Wege gehen und neue Technologien ohne ideologische Scheuklappen erforschen und einsetzen müssen.